

## **VERHANDLUNGSSCHRIFT**

über die öffentliche **16. Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Riedau am 11. Jänner 2018.**

**Tagungsort:** Marktgemeindeamt Riedau

### **Anwesende:**

- |   |                              |
|---|------------------------------|
| 01. Bürgermeister Franz Schabetsberger als Vorsitzender |                              |
| 02. Vizebgm. Johann Schmideder                          | 15. GR. Christian Dick       |
| 03. GV. Klaus Mitter                                    | 16. GR. Marco Mendl          |
| 04. GR. Karl Kopfberger                                 | 17. GV. Franz Arthofer       |
| 05. GR. Wolfgang Kraft                                  | 18. GR. Elisabeth Jäger      |
| 06. GR. Monika Tallier                                  | 19. GR. Karin Eichinger      |
| 07. GR. Gerhard Payrleitner                             | 20. GR. Michael Schärfl      |
| 08. GR. Klaus Trilsam                                   | 21. GR. Roswitha Krupa       |
| 09. GR. Brigitte Ebner                                  | 22. GR. Andreas Schroll      |
| 10. GR. Ing. Thomas Klugsberger                         | 23. GR. Bernhard Rosenberger |
| 11. 2. Vizebgm. Heinrich Ruhmanseder                    | 24.                          |
| 12. GR. Michael Desch                                   | 25.                          |
| 13. GR. Philipp Hargaßner                               |                              |
| 14. GR. Günter Humer                                    |                              |

### **Ersatzmitglieder:**

GR. DI Franz Mitter	für	GV. Reinhard Windhager
GR. Heinz Uray	für	GV. Brigitte Heinzl

**Der Leiter des Gemeindeamtes:** AL Katharina Gehmaier

**Sonstige Personen (§ 66 Abs. 2 OÖ. GemO.1990):**

**Es fehlen:**

**entschuldigt:**

GV. Reinhard Windhager  
GV. Brigitte Heinzl

**unentschuldigt:**

**Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO. 1990):** AL Katharina Gehmaier

Der Vorsitzende eröffnet um 20:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;

b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder

~~zeitgerecht am — unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;~~

der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 54 Abs. 1 OÖ. GemO 2002) enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht per mail am 2.1.2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;  
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel Tage öffentlich kundgemacht wurde;

c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 14.12.2017 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift von jenen Gemeinderatsmitgliedern und Ersatzmitgliedern, welche an der betreffenden Sitzung teilgenommen haben bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

e) Folgender **Dringlichkeitsantrag** wurde gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO 2002 eingebracht:

Unterschriften Sitzungsprotokoll (Schmidseder, Ruhmanseder, Arthofer, Rosenberger)

**Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:**

### **Tagesordnung:**

1. Genehmigung des Voranschlages für das Finanzjahr 2018.
2. Genehmigung des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2018-2022.
3. Beschlussfassung der Prioritätenreihung Vorhaben ao. Haushalt.
4. Berichterstattung zum Bauhofprojekt.
5. Bericht des Bürgermeisters.
6. Allfälliges.

**TOP. 1.) Genehmigung des Voranschlages für das Finanzjahr 2018.**

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Der Entwurf des Voranschlages wurde in zwei Besprechungen und zwar am 18.12.2017 und 28.12.2017 beraten. Die Fraktionen haben die Unterlagen erhalten.

Wichtigste Daten:

Ordentlicher Haushalt

	Einnahmen	Ausgaben
Gruppe 0	34.300	641.300
Gruppe 1	1.900	23.500
Gruppe 2	189.900	723.900
Gruppe 3	15.500	58.600
Gruppe 4	1.500	616.900
Gruppe 5	8.500	509.000
Gruppe 6	136.200	226.400
Gruppe 7	0	5.100
Gruppe 8	772.800	830.100
Gruppe 9	<u>2.688.800</u>	<u>214.600</u>
Summe	3.849.400	3.849.400

Außerordentlicher Haushalt

	Einnahmen	Ausgaben
Gruppe 0	0	0
Gruppe 1	0	0
Gruppe 2	21.000	23.700
Gruppe 3	0	0
Gruppe 4	0	0
Gruppe 5	0	0
Gruppe 6	180.200	322.600
Gruppe 7	0	0
Gruppe 8	38.400	38.400
Gruppe 9	0	0
Summe	239.600	384.700

Abwicklung Vorjahre

Soll-Ü Vorjahr	144.500	0
Soll-Ü Vorvorjahr	0	0
Soll-Abg. Vorjahr	0	6.500
	<u>384.100</u>	<u>391.200</u>

Gesamtübersicht

o.H. Einnahmen	3.849.400
o.H. Ausgaben	<u>3.849.400</u>
Ergebnis +/-	0

aoH. Einnahmen	384.100
aoH. Ausgaben	<u>391.200</u>
Ergebnis +/-	-7.100 (Straßenbau Siedlungsgebiete 5.800, Bauhof 1.300)

Vorhaben im ao Voranschlag:

- Begleitweg Dorf an der Pram
- Glasfaseranschluss Schulzentrum
- Krabbelstube
- Straßenbau Siedlungsgebiete
- Wasserleitungssanierung
- Kanalsanierung
- Erweiterung Gewerbepark
- Bauhof Bahnhofstraße

## Zwischenfinanzierung Granatzweg

Zuführungen sind veranschlagt:

HHStelle	Ansatzbezeichnung	Postbezeichnung	VA 2018	AOH Vorhaben
1/980000-910000	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführungen aus OH	<b>1.800,00</b>	Glasfaser Schulzentrum
1/980000-910100	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführung AOH - Interessentenbeitr. Verkehrsflächen	<b>10.000,00</b>	Straßenbau Siedlungsgebiete
1/980000-910200	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführung AOH - Interessentenbeitr. Wasseranschlussgebühren	<b>12.000,00</b>	Erweiterung Gewerbepark
1/980000-910300	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführung AOH - Interessentenbeitr. Kanalanschlussgebühren	<b>23.000,00</b>	Erweiterung Gewerbepark
1/980000-910500	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführung AOH - Aufschließungsbeitr Verkehrsflächen	<b>500,00</b>	Straßenbau Siedlungsgebiete
1/980000-910600	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführungen - Aufschl. Wasser	<b>800,00</b>	Erweiterung Gewerbepark
1/980000-910700	Zuführungen an den AOH bzw. aus dem OH	Zuführungen - Aufschl. Kanal	<b>1.500,00</b>	Erweiterung Gewerbepark
			<b>49.600,00</b>	
<b>zukünftige Projekte</b>				
1/912000-298000	Rücklage - Gehweg Wildhag		<b>18.200,00</b>	Gehweg Wildhag
1/912100-298000	Rücklage - Beleuchtung Kiga. Gebäude		<b>9.700,00</b>	Beleuchtung Kiga.Gebäude
			<b>27.900,00</b>	
<b>Rücklagen-Auflösung</b>				
6/851500-298100	Rücklagen für Kanalsanierung		<b>-38.400,00</b>	AOH Projekt Kanalsanierung

Stand der Rücklagen:

<b>Rücklage Sanierung Wasserleitung</b>	<b>95.613,24</b>	Stand per 31.12.2016
Rücklage Kanalsanierung	183.152,78	Stand per 23.06.2017 (Reiter-Haus)
abzüglich Auftrag RTI Kanalsanierung	-97.080,00	(Rechnung noch im Jahr 2017)
<b>Rücklage Kanalsanierung</b>	<b>86.072,78</b>	vorauss. Stand per 31.12.2017
abzüglich VA 2018 (siehe oben)	-38.400,00	
	<b>47.672,78</b>	vorauss. Stand per 31.12.2018

Der Vorsitzende gibt weiters bekannt: in den Vorjahren hatten wir im Voranschlag immer ein Minus, heuer erstmals wieder ein Plus. Ein Grund dafür ist auch, dass es jetzt die Finanzierung NEU gibt. Das oberste Ziel wird künftig immer sein, dass wir einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt haben. Wenn wir das nicht schaffen, ist der Gemeinderat sozusagen „machtlos“, weil ohne Zustimmung des Landes können wir dann nichts mehr beschließen. Vor zwei Tagen war in der Zeitung Tips eine schöne Aufstellung über die Schulden der Gemeinde im Bezirk Schärding. Beim Schuldenstand der Gemeinden sind wir an drittletzter Stelle. Dazu muss gesagt werden, dass die Leasingfinanzierung der Schule nicht enthalten ist. Erfreulich ist auch die Pro-Kopf-Verschuldung, da liegen wir an vorletzter Stelle mit € 606,- pro Einwohner. Nur Mayrhof hat keine Schulden. Der Schuldenstand hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Er stellt den Voranschlag zur Diskussion.

Vizebgm. Ruhmanseder spricht seinen Dank an den teilnehmenden Personen für die Erstellung des Voranschlages aus. Er war bei der Besprechung nicht dabei. Bei welchem Budgetpunkt sind Vereinsförderungen enthalten, da es den Euro-18-Erlass nicht mehr gibt?

Bgm. Schabetsberger: es gibt dazu keinen einzelnen Budgetpunkt. Vereinsförderungen werden auf verschiedenen Konten verbucht. Es gibt aber die Einschränkung, man darf bei den einzelnen Positionen

nicht mehr ausgeben als man einnimmt. Auf die Vereinsförderung hat es keine Auswirkung.  
Vizebgm. Ruhmaseder: was haben wir da für Einnahmen? In welchem Budgetpunkt ist das drinnen?  
Bgm. Schabetsberger: die Einnahmen führen wir dort zu. Vereinsförderungen ist aufgelistet auf einzelnen Positionen. Wir können die Förderungen so wie bisher hergeben, vorausgesetzt wir haben einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt. Wir haben aber sogar Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt.

Vizebgm. Ruhmaseder: inwiefern ist das künftige Personal eingerechnet?

Bgm. Schabetsberger: es wurde insofern eingerechnet, was wir bis zur Budgeterstellung machen konnten. Es wurde für ein halbes Jahr ein Lehrling berechnet, Hr. Waldenberger ist zur Gänze berechnet.

Vizebgm. Ruhmaseder: neuer Bauhofmitarbeiter, Bademeister, Mitarbeiter Gemeindeamt?

Bgm. Schabetsberger: das ist alles drinnen. Wie gesagt, beim Gemeindeamt ist der Lehrling eingerechnet. Ursprünglich war die Aktion 20.000 gerechnet, die wurde aber mit Ende des Jahres gelöscht. Über diese Schiene bekommen wir keine Zuteilung mehr.

Vizebgm. Ruhmaseder: zusammenfassend heißt es, der Personalstand wurde wie im vergangenen Jahr weitergerechnet. Ein Grund, warum wir zuletzt positiv war, waren Personaleinsparungen.

Bgm: im letzten Budget haben wir -€ 77.000,- veranschlagt.

Vizebgm. Ruhmaseder: veranschlagt ja, aber Gründe, warum wir in den letzten Jahren einen positiv ausgeglichen Jahresabschluss haben waren Personaleinsparungen.

Bgm. Schabetsberger: das kann man so nicht sagen. 2016 haben wir mit € -124.000 veranschlagt, defakto aber dann mit + € 43.000,- abgeschlossen, in Summe also rund € 160.000,-. Heuer müssen wir überlegen, wie wird der Posten nachbesetzt, das ist aber eine Angelegenheit des Gemeindevorstandes. Eine Ganztageskraft kostet ca. € 30.000,- je nach Einstufung. Im Bauhof sind alle Mitarbeiter veranschlagt. Auch für das Freibad.

Vizebgm. Ruhmaseder sagt, er hat Sorge, ob man künftig kulturelle Veranstaltungen bzw. Vereinsförderungen so durchführen wird; das wird die Zukunft weisen.

Bgm. Schabetsberger: er hat keine Bedenken, wir haben gegenüber dem Vorjahresbudget Mehreinnahmen. Wir wirtschaften ordentlich und sparsam, deshalb werden wir uns auch die Vereinsförderungen und alles andere leisten können wie bisher. Derzeit können wir noch keine „großen Sprünge“ machen. Beim mittelfristigen Finanzplan, beim nächsten Tagesordnungspunkt, erkennt man, wie sich die Gemeinde in den nächsten Jahren entwickeln wird. Er bringt die Summen zur Kenntnis. Im Jahr 2021 wirkt sich aus, dass wir die Leasingrate der Hauptschule nicht mehr zurückzahlen müssen. Ab 2021 haben wir wieder viele Möglichkeiten für Projekte, was aber jetzt noch nicht realisierbar ist.

Vizebgm. Ruhmaseder bedankt sich für diesen Bericht des Bürgermeisters.

GR. Schärfl teilt die Meinung von Vizebgm. Ruhmaseder. Einen Lehrling erst im August einstellen, das hält er nicht durch. Am Montag ist eine Sitzung des Personalbeirates, da wird er auch etwas sagen. Er fordert sofort einen Ersatz für Mario oder Irmi.

Bgm. Schabetsberger: der Vorstand wird dies am Dienstag besprechen und entscheiden. Personalangelegenheiten sind nicht im Gemeinderat zu entscheiden.

GR. Schärfl sagt, er arbeitet sehr wohl mehr, jetzt 200 bis 300 %.

GR. Ebner: wenn vorher drei Personen diese Arbeit machten, was jetzt einer machen muss, da wird er nicht ganz unrecht haben.

Bgm. Schabetsberger: derzeit arbeiten zwei Personen, nicht eine Person. Am Dienstag wird dieses Thema besprochen. Das die dritte Person jetzt nicht da ist liegt nicht an uns, sondern an der Entscheidung der Bundesregierung, dass die Aktion 20.000 kurzfristig abgelehnt wurde. Im Jänner

sollte eine zusätzliche Person kommen, das wurde im Herbst so vorbereitet.

Vizebgm. Schmidseher: ich stelle einen Abänderungsantrag betreffend das Ekiz und zwar den Betrag von € 6.000 auf € 3.000 zu reduzieren. Wir sehen das nicht für angemessen an. Der reduzierte Betrag könnte für die bestehenden Spielplätze hergenommen werden zum Erneuern, Verbessern und Renovieren.

GV. Arthofer: wir haben das bereits diskutiert, er ist der Meinung, bei „Familiensachen“ überhaupt nicht sparen. Wir beschließen heute ein Budget mit € 3,8 Mio und es betrifft hier € 3.000,-. Dort sind Mütter aller Fraktionen vertreten, auch unpolitische. Er stellt den Antrag das Budget in der vorliegenden Form zu beschließen. Nach seinem Wissen ist ein Abänderungsantrag nicht möglich, da müsste ein Gegenantrag gestellt werden.

GR. Payrleitner stellt die Frage, ob die Förderung gemeindegebunden ist, ob sie in der Gemeinde bleibt? Wo kommt die Förderung hin?

Bgm. Schabetsberger: Nein, er wird es aber gleich aufklären, wenn er die Fragen beantwortet.

GR. Tallier: Vizebgm. Schmidseher sagte, das Geld soll in Riedau verbleiben für unsere Kinder und Familien.

GV. Mitter: ich bin der Meinung wie GV. Arthofer, dass bei Familien nicht gespart werden soll. Aber bei unseren Spielplätzen gibt es viel zum Herrichten. Er ist der Meinung, dass wir diese € 3.000,- einsparen für unsere Spielplätze.

GR. Kopfberger: gibt es zum Voranschlagsentwurf eine Stellungnahme der Bezirkshauptmannschaft?

Bgm. Schabetsberger: diesmal brauchen wir keine Stellungnahme, wir sind keine Abgangsgemeinde. Er fasst nun die Beantwortung der aufgetauchten Fragen zusammen. In Riedau wird nicht die finanzielle Abwicklung erledigt, das wird über Mattighofen erledigt, dort ist das Regionsbüro. Von dort werden die Personen, die Miete, die Betriebskosten usw. bezahlt. Das Ekiz Riedau ist ein Standort wo familienpolitische Maßnahmen gesetzt werden. Der Betreiber ist die Familienakademie der Kinderfreunde Region Innviertel mit Sitz in Mattighofen. Im Innviertel gibt es insgesamt 7 Standorte. Der Betrieb des Ekiz Riedau verursacht Kosten von ca. € 30.000,-. Derzeit gibt es vom SHV pro Ekiz Standort € 11.500,- im Bezirk Schärding und Förderung der einzelnen Gemeinden in Andorf, Riedau und St. Florian. Weiters gibt es finanzielle Mittel vom Land Oberösterreich. Alles, was wir nicht bekommen, müssen wir selbst erwirtschaften bzw. müssen wir von der Landesorganisation der Kinderfreunde zuführen. Derzeit ist die Situation so, dass alle politischen Förderungen vom Land für Organisationen um 10 % gekürzt werden. Das betrifft aber nicht nur das Ekiz, sondern alle anderen Maßnahmen betreffend Elternbildung usw. Für Riedau bedeutet das, wenn der Standort nochmals € 3.000 weniger bekommt, kann das derzeitige Angebot wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten bleiben. Ein Ekiz kann nicht einfach machen was es will, sondern es unterliegt der Kinder- und Jugendhilfe des Landes OÖ von der Sozialabteilung, welche auch prüft. Das Land schreibt vier Kategorien vor und zwar Angebote rund um die Geburt, Spielgruppen mit Begleitung für Kinder und Eltern, Spielgruppen ohne Begleitung, Angebote für Kinder und Erwachsene, Kreativkurse, Freizeitangebote, Gesundheitskurse und der vierte Schwerpunkt ist Elternbildung. Diese Maßnahmen werden vom Land vorgeschrieben. Betreffend Besucherzahlen gibt es eine interessante Entwicklung. Das Land verlangt Statistiken. Im Jahr 2017 hatten wir an 41 Wochen einen Betrieb im Ekiz. Die durchschnittliche wöchentliche Besucherzahl auf diese 41 Wochen gerechnet waren 87 Personen. Die tatsächliche Gesamtpersonenanzahl ist 3.369 Besucher. Das beweist, dass die Gelder gut angelegt sind. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, die dort arbeitenden Personen müssen ein Zertifikat haben und zwar das „Elternbildungssiegel für Erwachsene“. Er hat die Überprüfung von Wien, dass ich diese Kurse abhalten darf. Zusammenfassend kann gesagt werden, dort wird qualitätsvolle Arbeit für Eltern und Kinder angeboten und nicht ein Kaffekränzchen. Deshalb findet er es nicht in Ordnung, dass diese 3.000 Euro in einen Spielplatz investiert werden, sondern er möchte, dass diese 3.000 Euro dort belassen werden wo sie veranschlagt wurden, also 6.000 Euro für das Ekiz. Es ist mit Sicherheit keine versteckte Parteienförderung. Das Ekiz wird auch in Zukunft keine Parteiwerbung machen. Zum Punkt Antrag wurde beim Gemeindebund nachgefragt. Er bringt die Rechtsauskunft des Gemeindebundes zur Kenntnis.

Vizebgm. Schmidseider bemängelt, dass ihn der Bürgermeister zuerst falsch informiert hat betreffend die Antragstellung. Er stellt nun den Gegenantrag, dass der Budgetposten für das Ekiz von € 6.000 auf € 3.000 gekürzt wird und die verbleibenden € 3.000 bei „öffentlichen Kinderspielplätzen“ zuführt.

GR. Eichinger stellt eine Frage zu den vom Bürgermeister vorgestellten Zahlen betreffend das Ekiz Riedau. Das Geld bleibt im Endeffekt im Ekiz Riedau?

Bgm. Schabetsberger bestätigt dies.

GR. Eichinger: bei der familienfreundlichen Gemeinde waren die Personen sehr begeistert vom Ekiz. Sie selbst hat nicht gewußt, dass vieles angeboten wird. Mit € 3.000 macht man beim Spielplatz „keine großen Sprünge“.

GR. Humer: gibt es im Ekiz auch Einnahmen oder ist alles kostenlos?

Bgm. Schabetsberger: die Kurse sind so gerechnet, was angeboten wird muss von den Ausgaben der Seminarleiterin her kostendeckend sein, ansonsten darf der Kurs nicht abgehalten werden. Der Vorsitzende stellt dazu ein Rechenbeispiel an.

GR. Humer: wo entsteht dann das Defizit?

Bgm. Schabetsberger: das entsteht bei der Reinigung, Miete, Betriebskosten, Heizung, Lohnverrechnung usw. Alles, was der Betrieb rundherum braucht. Die Kurse selbst müssen kostendeckend geführt werden, nur den Overhead kann man nicht mit diesen Kosten nicht finanzieren.

GR. Humer stellt einzelne Fragen zu Kosten und Besucherzahlen, der Bürgermeister gibt dazu Auskunft.

Vizebgm. Ruhmanseder: wie hoch ist die durchschnittliche Teilnehmergebühr bei einem Kurs?

Bgm. Schabetsberger: die liegt durchschnittlich bei € 50,- für 8 Termine.

Eine ZuhörerIn, auch Spielgruppenleiter, gibt dazu eine Erklärung ab, nachdem ihr die Wortmeldung erlaubt wird. Es entsteht eine Diskussion zwischen den Gemeinderäten und der SpielgruppenleiterIn.

GR. Desch: wie hoch ist die Miete?

Bgm. Schabetsberger: € 400,- im Monat, auch wenn ein weiterer Raum benützt wird. Früher hatten wir € 580,-, dieser Betrag wurde vor vier Jahren reduziert, weil wir brauchen keinen Gewinn machen. Auch ein großer Spielplatz wird mit benützt mit ca. 1.400 m<sup>2</sup>.

GR. Desch: Wenn das Riki die Miete um die Hälfte verringern würde, hätten wir keinen Abgang?

Bgm. Schabetsberger: dann würde das Riki einen Defizit machen, das kann sich das Riki nicht leisten.

GV. Arthofer: ich muss Schmidseider widersprechen, bei den Spielplätzen wurde in den letzten Jahren nicht gespart. Voriges Jahr wurde Pomedt wegen des Straßenbaues auf heuer verschoben. Wenn wir jetzt hier sparen, dann auch künftig bei Nachmittagsbetreuung usw? Das findet er falsch.

GR. Humer: man könnte auch woanders anfangen zu sparen, denn wir müssen mitzahlen bei Leader, Gesunde Gemeinde, familienfreundliche Gemeinde.

Bgm. Schabetsberger gibt ihm Recht, aber man muss davon ausgehen, was ist sinnvoll und was nicht.

GR. Payrleitner: die Förderung für das Ekiz ist gestiegen: von € 1.800 auf € 2.400, ab 2016 auf € 6.000.

GR. Kopfberger: wir waren von der ÖVP Fraktion damit nie einverstanden. Man soll sich hüten, sich gegenseitig zu sehr zu beschädigen mit dieser Diskussion. Das Ekiz ist eine positive Einrichtung. Damals waren wir nicht für diese hohe Erhöhung, er kennt die Argumente nicht mehr. Wir wollen es nicht von einer Kindeinrichtung zum Straßenbau geben, sondern sie haben es immer noch nicht ganz verwunden, dass es damals diese radikale Erhöhung gab.

Bgm. Schabetsberger: er muss GR. Kopfberger berichtigen, es war nicht die ÖVP-Fraktion dagegen, sondern einzelne Personen. Das kann er mit den Protokollen beweisen.

GR. Dick: vorher hat das Ekiz nur € 1.800 und € 2.400 bekommen. Wie seid ihr damals ausgekommen?

Bgm. Schabetsberger: das ist sich auch damals nicht „ausgegangen“. Da hat die Landesorganisation der Kinderfreunde den Restbetrag zugeschossen. Diese Landesorganisation bekommt finanzielle Mittel vom Land. Diese Mittel wurden drastisch bekürzt. Künftig müssen wir überlegen – was können wir uns leisten, was müssen wir künftig streichen? Wir können künftig kein Defizit machen.

GR. Dick: sollte der Landeszuschuss nächstes Jahr noch mehr gekürzt werden, muss Riedau noch mehr zahlen?

Bgm. Schabetsberger: sie schauen laufend, wo gibt es neue Einnahmen, welchen Bedarf gibt es. Dazu berichtet er über das Angebot der Kurse.

GR. Dick: wenn ich als Gemeinde kein Geld habe, irgendwo muss ich mit Kürzungen anfangen.

Bgm. Schabetsberger: wir haben die letzten 2 Jahre kein Defizit mehr gehabt und nicht nur aufgrund von Personaleinsparungen.

GR. Klugsberger: das Ekiz ist grundsätzlich eine gute Einrichtung, das steht außer Frage. Ihm ist aufgefallen, 3 Gemeinden zahlen, aber 7 Standorte. Gibt es vier Gemeinden die nicht zahlen?

Bgm. Schabetsberger: es betrifft die Region Innviertel, davon sind 3 Standorte im Bezirk Schärding. Nur zum Beispiel: die Stadtgemeinde Matthighofen zahlt € 45.000,-. Riedersbach wird zur Gänze von der Gemeinde finanziert. St. Florian baute ein Gebäude um, zahlte die gesamten Umbaukosten und das Ekiz zahlt keine Miete und Betriebskosten. Andorf zahlt € 8.000,-.

GR. Rosenberger: ich fühlte mich hier als neutralster Beobachter. Für ihn macht es den Eindruck, als ob die Diskussion völlig aus dem Rahmen rutscht. Für einen „Neutralen“ macht es den Eindruck, dass es nur um Parteipolitik geht. Das betrifft nicht nur Ekiz, sondern auch Straßenbeleuchtung und diverse andere Dinge und das gilt für alle Parteien. Auch was ihr euch gegenseitig in den Parteizeitungen zwischen den Zeilen ausrichtet, das macht einen total schlechten Eindruck nach außen. Sein Wunsch im neuen Jahr ist, wieder auf einen neutralen Stand zu kommen.

GR. Krupa: wenn wir noch weniger Förderung bekommen, sperrt das Ekiz in einem Dreivierteljahr zu.

GR. Uray: es gibt Familien mit Kindern, die können sich das Ekiz nicht leisten. Was ist mit denen?

Bgm. Schabetsberger: die können zu mir kommen, die werden gefördert. Es gibt Elternbildungsgutscheine, die dort eingelöst werden können. Er vertritt den Standpunkt, jedes Kind soll dieselbe Förderung, nicht nur an Geld, sondern an Leistung bekommen.

Vizebgm. Ruhmaseder: aus dieser ganzen Diskussion muss nun möglichst die Parteipolitik heraus. Der Start vom Ekiz war äußerst ungünstig.

Bgm. Schabetsberger: ich appelliere an euch nachzudenken wie abgestimmt wird; wir haben zur Zeit gerade den Prozess familienfreundliche Gemeinde laufen. In der weiteren Wortmeldung gibt er bekannt, dass er bei Kindern und Familien den Sparstift nicht ansetzen möchte. Er will jetzt über den Gegenantrag von Vizebg. Schmideder abstimmen lassen.

GR. Desch: wir zahlen jährlich € 3.500,- für Leader und bis heute haben wir kein Geld gesehen.

Bgm. Schabetsberger: das stimmt nicht, wir bekommen z.B. für den Begleitweg nach Dorf einen Zuschuss. Auch der Sommerkindergarten wird über Leader gemacht. Leader ist positiv, wenn man es über einen längeren Zeitraum betrachtet.



GR. Klugsberger: er war der Meinung, dass diese € 6.000 auf die 7 Standorte aufgeteilt werden, Wenn das nicht so ist?

GR. Eichinger: bei der familienfreundlichen Gemeinde würde es in der Bevölkerung nicht gut ankommen, wenn jetzt wieder ein Streitpunkt ist. Ist auch dafür, dass alles durchforstet wird und Einsparungen bei anderen Projekten gemacht werden.

GR. Dick: muss der Punkt heute beschlossen werden?

Bgm. Schabetsberger: ja, es geht grundsätzlich um das Budget. Wenn wir es heute nicht beschließen, tritt ein Budgetprovisorium in Kraft. Wir können eine Sitzungsunterbrechung machen für Beratungen.

Vizebgm. Schmidseher: ich ziehe meinen Antrag zurück.

GR. Tallier: heute bekommen wir kurzfristig die Informationen, dass das Geld in Riedau bleibt.

GR. Eichinger sagt, auch sie hat heute erst die Informationen erhalten.

Bgm. Schabetsberger: die „Grundsachen“ wurden in der Budgetbesprechung berichtet. Es wurde gesagt, dass die Zahlung über Matthighofen erfolgt.

GR. Ebner: damals, als das Ekiz eröffnet wurde, hat sie einen Geburtsvorbereitungskurs abgehalten. Damals war sie wirklich schockiert, denn sie wurde angesprochen, ob sie weiß, dass „es rot ist“.

Bgm. Schabetsberger: das Ekiz Riedau ist von den Kinderfreunden hervorgegangen, die Kinderfreunde gab es schon früher. Es hat immer geheißen, die Kinderfreunde ist eine rote Organisation. Darum wurde auch gesagt, Ekiz ist auch rot; das stimmt nicht, denn der Betreiber ist die Familienakademie.

GR. Desch: appelliert an den Bürgermeister und die Gemeinde, dass kein Geld ausgegeben wird für Dinge, die wir nicht unbedingt brauchen.

Bgm. Schabetsberger: bei diesem Budget wurde gespart, wir haben keinen Abgang mehr. Er nimmt zur Kenntnis, dass er bei der nächsten Budgetbesprechung über Einzelheiten noch genauere Informationen geben wird.

Abschließend lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV. Arthofer, das Budget in der vorliegenden Form zu genehmigen, mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: 21 JA-Stimmen

1 NEIN-Stimme von GR. Humer und

3 Stimmenthaltungen von GR. Desch, GR. Uray und GR. Dick

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung für 5 Minuten.

## TOP. 2.) Genehmigung des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2018-2022.

Sachverhalt lt. vorliegenden Zahlen:

Der Entwurf des Voranschlags und mittelfristigen Finanzplanes wurde in zwei Besprechungen und zwar am 18.12.2017 und 28.12.2017 beraten. Die Fraktionen haben die Unterlagen erhalten.

Der MFP umfasst:

Darstellung der Budgetspitze der Jahre 2018-2022

Zusammenfassung aller geplanten Vorhaben zum mittelfristigen Investitionsplan der Planperiode 2018-2022 (gereiht)

Darstellung der Kosten und Finanzierung je Vorhaben inkl. Nachweis der Eigenmittelaufbringung.

Darstellung der erwarteten Entwicklung des Maastrichterergebnisses.

Projekte, bei denen die Eigenmittelaufbringung gesichert ist, können auch zahlenmäßig im MFP dargestellt werden.

Für jene Projekte, für die eine Eigenmittelaufbringung im MFP-Zeitraum nicht möglich ist, ist nur eine Projektsbeschreibung und eine entsprechende Prioritätenreihung darzustellen.

*Der mittelfristige Finanzplan ist eine Vorschau auf die nächsten Jahre; 2018 weist der MFP - freie Budgetspitze - einen Überschuss von € 39.800,-- auf, er wird sich dann im Jahr 2019 auf € 101.900,- erhöhen, 2020 € 130.500,--, 2021 241.000,-- und 2022 € 310.100,-- .*

Der Bürgermeister gibt dazu folgendes bekannt:

Die Fraktionsführer haben alle Unterlagen erhalten. Ich habe euch bereits vorhin schon die freie Budgetspitze bekanntgegeben, ab 2021 haben wir wieder einen Spielraum um Projekte zu verwirklichen. Bis 2021 haben wir noch eine kleine „Durststrecke“, weil die Rückzahlung der Leasingrate jährlich rund € 85.000,- ausmacht. Alle anderen Abgänge wie Freibad sind mit berücksichtigt.

GR. Trilsam will wissen, wie hoch das Defizit der Freibadsaison 2017 war.

Bgm Schabetsberger: der Abgang war bei rund € 80.000,-. Man darf nicht erwarten, wenn wir mehr Eintritte haben, dass auch der Abgang weniger wird. Denn mehr Personen im Freibad bedeutet mehr Chemieeinsatz, mehr Strom, mehr Wasserverbrauch usw. Dazu berichtet er über den Mehrverbrauch dieser Mittel.

GR. Humer: wir müssen überlegen, die anderen Gemeinden mit ins Boot holen, damit müssen wir beginnen – oder wir müssen das Freibad zusperren.

Bgm. Schabetsberger: diese Gesprächsbasis gibt es beim Land, wir haben kein Druckmittel. In der Gemeinde Kopfing hat das Land angeordnet, sie müssen die Öffnungszeiten reduzieren.

GR. Humer: vielleicht zahlen die Gemeinden Zell, Dorf oder Taiskirchen freiwillig? Oder sagst du von vornherein nein dazu?

Bgm. Schabetsberger: wir haben derzeit beim RHV eine andere Diskussion wegen der Erweiterung.

Die Amtsleiterin berichtet, dass anlässlich der drohenden Sperre des Hallenbades Kontakt mit allen Gemeinden aufgenommen wurde mit dem Ersuchen um finanzielle Unterstützung. Das Ergebnis kennen die älteren Gemeinderatsmitglieder.

GV. Arthofer berichtet, dass ursprünglich die Gemeinde Zell beim Freibad mitfinanzieren wollte, aber Riedau hat sich geweigert.

GR. Schroll regt eine Postleitzahlenerhebung bei der Freibadkasse an.

GR. Eichinger sagt, dass es diese Aufstellung gibt, dies wurde im letzten Familienausschuss erledigt.

GV. Arthofer stellt den Antrag auf Genehmigung des mittelfristigen Finanzplanes 2018-2022, so wie er im Entwurf vorliegt.

Abschließend lässt der Bürgermeister mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: 21 JA-Stimmen

1 Nein-Stimme von GR. Humer und

3 Stimmenthaltungen von Vizebgm. Ruhmaseder, GR. Dick und GR. Desch.

### **TOP. 3.) Beschlussfassung der Prioritätenreihung Vorhaben ao. Haushalt.**

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Die Prioritätenreihung wurde mit den Fraktionsvertretern am 28.12.2017 besprochen. Wir haben derzeit keine Vorhaben, für welche wir vom Projektsfonds Mittel beantragen können. Die Beratung hat folgenden Vorschlag ergeben:

Diese Projekte laufen gleichzeitig ab, weil wir alles selbst bezahlen.

1. Begleitweg Dorf an der Pram
2. Glasfaseranschluss Schulzentrum
3. Krabbelstube
4. Straßenbau Siedlungsgebiete
5. Wasserleitungssanierung
6. Kanalsanierung
7. Erweiterung Gewerbepark
8. Bauhof Bahnhofstraße
9. Zwischenfinanzierung Granatzweg

Bgm. Schabetsberger berichtet, dass im Voranschlagserslass eine Reihung verlangt wird. Er berichtet, dass - außer dem Bauhof, welcher „eine eigene Geschichte“ ist – die Projekte gleichzeitig ablaufen. Diese Projekte sind im außerordentlichen Haushalt veranschlagt und ich muss ein Projekt verwirklichen, wenn es soweit ist, z.B. der Begleitweg nach Dorf. Glasfaseranschluss Schulzentrum müssen wir machen, wenn die EnergieAG das Projekt verwirklicht. Bei allen Projekten der Finanzierung NEU, die langfristig sind, haben wir eine exakte Prioritätenreihung zu machen. Da fällt hinein: Schulbau, Gemeindeamt, Bauhof, Freibad, Musikschule, Feuerwehrhaus. Der Hintergrund dafür ist, dass ich als Gemeinde verpflichtet bin Ansparungen zu machen. Diese Ansparungen müssen 1/3 der Kosten der Eigenmittel sein. Im Gemeinderat kann die Liste jederzeit abgeändert werden. Für alle Projekte unter € 50.000,- bekommen wir keine Förderung.

GR. Dick: wer hat die Punkte festgelegt?

Bgm. Schabetsberger: die Reihung der Projekte wurde bei der Budgetbesprechung festgelegt.

GR. Dick: wieso ist der Bauhof nicht drauf? Wir haben einen Gemeinderatsbeschluss, dass wir einen Bauhof bekommen.

Bgm. Schabetsberger: dieser Bauhof steht deshalb drinnen, weil es im außerordentlichen Haushalt enthalten ist. Bauhof ist Bauhof, hat nichts mit dem Standort zu tun. Beim Bauhof Bahnhof wurden € 1.400 für ein Gutachten gebraucht. Den Bauhof „Bahnhof“ können wir jetzt streichen, weil das gibt es nicht mehr.

GR. Dick: warum steht die Straßenbeleuchtung nicht drauf?

Bgm. Schabetsberger: weil es für die Straßenbeleuchtung kein Projekt gibt.

GR. Dick: es macht mehr als € 50.000,- aus und wir haben beschlossen, dass wir es etappenweise machen.

Bgm. Schabetsberger: es gibt keinen Beschluss, dass wir diese Straßenbeleuchtung machen. Es gibt einen Beschluss, dass das Gesamtprojekt nicht gemacht wird und wir die Variante 3 durchführen, das heißt so wie bisher im ordentlichen Haushalt.

GR. Dick: nein, der Beschluss lautet auf 5 bis 6 Etappen.

Bgm. Schabetsberger: bevor es zur Beschlussfassung kam, wurde besprochen, dass es wie bisher mit € 20.000,- jährlich gemacht werden soll.

GR. Dick: wir haben vorgeschlagen Pomedt ALT, Pomedt NEU, Schwaben, Schwabenbach usw. Da kommen wir mit 20.000,- Euro nicht aus. Seine Meinung ist, wenn es nicht drauf steht sagt das Land...

Bgm. Schabetsberger: die Straßenbeleuchtung interessiert das Land nicht mehr, es gibt keine Förderung, keine Landes- oder Bedarfszuweisungsmittel. Wir haben 20.000,- Euro veranschlagt im ordentlichen Haushalt.

Es folgt eine Diskussion über die Sanierung der Straßenbeleuchtung.

GR. Klugsberger: wenn die Reihung eine Rolle spielt, dann will er den Bauhof weiter vorne haben.

Die Reihung wird diskutiert und Bgm. Schabetsberger stellt folgende Änderung der Reihung fest:

1. Glasfaseranschluss Schulzentrum
2. Bauhof
3. Begleitweg Dorf
4. Krabbelstube
5. Straßenbau Siedlungsgebiete

6. Wasserleitungssanierung
7. Kanalsanierung
8. Erweiterung Gewerbepark
9. Zwischenfinanzierung Granatzweg

Bürgermeister Schabetsberger stellt den Antrag, diese Reihung zu genehmigen. Er lässt mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: 24 JA-Stimmen, 1 Stimmenthaltung von GR. Humer

#### TOP. 4.) Berichterstattung zum Bauhofprojekt.

Der Bürgermeister gibt folgenden Bericht:

Das Projekt Bauhof Bahnhofstraße ist gefallen, weil das Gebäude verkauft wurde. Am 5. Dezember hat er von Herrn Hellwagner eine mail bekommen, dass er nicht mehr länger bereit ist zu warten, weil es mittlerweile fast zwei Jahre sind, dass man vom Land eine konkrete Auskunft bekommt. Im September gab es eine Besprechung LR Hiegelsberger, LR Gerstorfer und Dr. Gugler. Die schriftliche Stellungnahme für die Nutzung dieses Bahnhofsgebäudes kam vorige Woche, aber nur, dass es dort möglich wäre. Sie haben geschrieben, es wäre mit einer Kostensteigerung zu rechnen, aber grundsätzlich wäre es dort möglich. Was aber noch nicht eingetroffen ist, ist die Berechnung des Landes bezüglich der Kostenaufteilung Riedau-Zell. Herr Dr. Gugler hat versprochen, dass wir diese Aufstellung bekommen. Wenn diese Kostenaufteilung vorliegt, muss eine Besprechung stattfinden mit Zell und anschließend mit den Landesräten, denn diese müssen sich dann einigen, ob die Finanzierung so machbar ist. Mehr kann der Bürgermeister dazu nicht berichten. Wenn das Land vier Monate braucht, dann bitte nicht in der Zeitung schreiben, dass Frau LR Gerstorfer so langen braucht, denn das ist die IKD. Und die Abteilung IKD hat Weisungen von LR Hiegelsberger. Er hat die mündliche Aussage, dass derzeit drunten diskutiert wird mit Prozentsätzen von 47 % und 53 %. Er kann nicht sagen wie es in dieser Angelegenheit weitergeht. Seiner Meinung nach ist das Projekt Bauhof in weite Ferne gerückt.

GR. Eichinger bringt ihren Wissenstands zur Finanzierung des Bauhofes mit der „Finanzierung NEU“ und die Einbringung von Eigenmittel durch die Gemeinde Riedau den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis, dies wird vom Bürgermeister bestätigt.

#### TOP.5.) Bericht des Bürgermeisters.

Es gibt eine Einzelumwidmung, welche wir vorziehen müssen. Es betrifft in Schwaben das Grundstück G\*\*\*\*\* und wird verkauft an Hr. W\*\*\*\*\*. Der Bauausschuss muss in der nächsten Sitzung diese Einzelumwidmung genau anschauen, weil wir Unterschiede haben mit dem derzeitigen Stand und dem gültigen Gemeinderatsbeschluss. Der derzeit gültige Gemeinderatsbeschluss lautet auf € 5,- pro Quadratmeter für Infrastrukturbeiträge und das muss genau diskutiert werden. Dort gibt es die spezielle Situation, dass das Grundstück schon einmal umgewidmet werden sollte. Es wurde aber dann herausgenommen, weil die ÖBB sagte, aufgrund der Lärmentwicklung geht es nicht. Die Anschlüsse sind dort vorhanden. Wenn wir es jetzt umwidmen müssen wir einen Gemeinderatsbeschluss machen, der den Beschluss mit den € 5,- aufhebt oder auch nicht, das ist die Entscheidung des Bauausschusses.

GR. Humer: es muss kostendeckend sein, wurden schon Anschlüsse bezahlt?

Bgm. Schabetsberger: wir dürfen keinen Gewinn machen, aber man muss das Gesamtprojekt betrachten. Für dieses Gesamtprojekt sind nach wie vor noch Kredite zu bezahlen. Der Bauausschuss muss das genau durchbesprechen, damit es im Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

GR. Humer: jetzt hörten wir von einer Einzelumwidmung. Wie lange dauert es noch mit Hr. Altmann?

Bgm. Schabetsberger: bei der nächsten Sitzung des Bauausschusses wird dies behandelt, dann kommt es in den Gemeinderat. Er berichtet von den weiteren Verfahrensschritten und es wird einige Monate dauern.

GR. Humer: braucht er die Entscheidung früher?

Zuhörer W\*\*\*\*\*: er hat selbst mit Hr. Altmann telefoniert, bei einer Einzelumwidmung darf es maximal 6 Monate dauern. Beim großen Umwidmungsverfahren kann es bis zu 2 Jahre dauern.

GR. Eichinger bittet den Bauausschuss anzuschauen, ob es auch noch andere Grundstücke gibt, die dann eine Ausnahmegenehmigung bekommen müssten. Es soll künftig eine einheitliche Regelung geben.

Bgm. Schabetsberger: es gibt einen aufrechten Gemeinderatsbeschluss, der generellen gilt; wie in diesem speziellen Fall muss es einzeln behandelt werden. Die Sitzung des Bauausschusses findet am Montag 5.2.2018 statt.

GR. Rosenberger möchte eine Auskunft zu seiner Anfrage.  
Der Bürgermeister sagt, er hat keine Anfrage bekommen.

GR. Rosenberger: es geht um den Weg Kellerleiten.

GR. Schabetsberger berichtet, dass die aufgestellten Verkehrszeichen auf diesem Weg von irgendwem in die Pram geworfen wurden. Er wird unter Allfälliges berichten.

#### **TOP. 6.) Allfälliges.**

GR. Rosenberger: mein Ersuchen betrifft den aktuellen Stand Weg Kellerleiten. Es wurde der Weg noch schlimmer verbarrikadiert als vorher. Es gibt anscheinend kein Einsehen. Die Zeit rennt, der Bürgermeister hat aber einmal gesagt, er will keine Klage. Uns wird aber nichts anderes übrig bleiben, ansonsten „übersehen wir die Zeit“. Wenn du nun sagst, „du lässt es rennen“ und wir sehen die deadline herannahen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als dass wir einen Antrag auf Klage einbringen. Alles andere ist zahnlos und es verfällt womöglich.

Bgm. Schabetsberger: der allgemeine Gehweg ist da.

GR. Rosenberger: seit die Schilder stehen ist es nicht besser, eher schlechter geworden. Es passiert gar nichts. Er wird den Antrag der Klage einbringen, sollte sich bis zur nächsten Sitzung nichts ändern.

Bgm. Schabetsberger: er wird sich bemühen, dass er bei der nächsten Sitzung etwas konkret sagen kann: sie sind bereit oder sie sind nicht bereit.

GR. Dick: im Freibad ist für eine Stiege für Sanierung € 2.000,- veranschlagt. Welche Stiege ist da das und wieso wird sie nur so hergerichtet?

Bgm. Schabetsberger: das ist die Stiege zum Fitnessstudio, sie ist nicht im Freibadgelände, sondern außerhalb der Abzäunung Freibad.

GR. Dick möchte, dass wir betreffend einer Versicherung für Wasserrohrbrüche bei unserer Wasserleitung nachfragen.

GR. Krupa: kann man schon etwas sagen zur Nachmittagsbetreuung im Kindergarten? Die Eltern warten auf eine Entscheidung. Eine Abgangsgemeinde darf das nicht machen. Erst wenn die Anmeldungen fix vorliegen, kann man eine Entscheidung treffen.

Bgm. Schabetsberger: ab 1.2. soll die Nachmittagsbetreuung etwas kosten. Dem Land ist es egal, wenn wir den Beitrag nicht verlangen. Eine Abgangsgemeinde muss den Beitrag einheben. Erst wenn die Kinder fix angemeldet sind wissen wir ob die Gruppe zustandekommt.

Die Amtsleiterin berichtet, die Kindergartenleiterin gibt in den nächsten Tage einen Fragebogen aus, ob es Abmeldungen gibt. In der anschließenden Diskussion wird über das Zustandekommen einer Nachmittagsgruppe und dem Personalstand diskutiert.

GV. Mitter: wann wird die Siedlungsstraße Pomedt fertig asphaltiert?

Bgm. Schabetsberger: es wird das erste Projekt der Fa. Swietelsky sein, sobald die Mischanlage wieder öffnet. Er gibt dazu einen kurzen Bericht.

GR. Payrleitner: in Pomedt wurde die Verrohrung für das Glasfaserkabel verlegt - von der Gemeinde oder von Energie AG?

Bgm. Schabetsberger: das haben wir gemacht, wobei die Energie AG die Leerverrohrung beistellt. Wir haben die Stunden- und Materialaufzeichnungen und wir bekommen die Kosten zurück sobald es angeschlossen wird.

GR. Payrleitner: was ist, wenn wir als Gemeinde haften müssen wenn das Kabel nicht eingezogen werden kann?

Bgm. Schabetsberger: das gibt es nicht, weil es so gelegt wird, es wird mit Luft eingeschossen.

GR. Payrleitner findet es besser, das nächste Mal diese Arbeiten einer Firma zu übergeben, dann haben wir keine Haftung.

Bgm. Schabetsberger: wir hätten es uns nicht leisten können, hätte es eine Fremdfirma gemacht.

GR. Mitter: vermutlich haben Kinder die Rutsche beim Kinderspielplatz Pomedt wieder aufgestellt; wer haftet wenn etwas passiert? Er möchte, dass sie irgendwo zwischengelagert wird.

GR. Humer: kann bei der nächsten Sitzung des Bauausschusses auch die Absperrung zur Straße beim Kinderspielplatz Pomedt beraten werden?

GR. Kopfberger: wie viele Fragebögen betreffend die familienfreundliche Gemeinde kamen zurück?

Zuhörer Sperl: 120 Bögen bei den Schulen und 39 Bögen von Erwachsenen.

Vizebgm. Ruhmanseder lädt ein zum Hofball am kommenden Samstag.

## Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 06.07.2017 wurden keine - ~~folgende~~ - Einwendungen erhoben:

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzungen um 22.15 Uhr.

.....  
(Vorsitzender)

.....  
(Schriftführer)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom ..... keine Einwendungen erhoben wurden - über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54 (5) OÖ. GemO 1990 als genehmigt gilt.

Riedau, am .....

Der Vorsitzend (SPÖ):

.....  
Bürgermeister Franz Schabetsberger

.....  
ÖVP Vizebgm. Schmidseider

.....  
FPÖ Vizebgm. Ruhmanseder

.....  
SPÖ GV. Arthofer

.....  
GRÜNE Rosenberger

